

Bundespräsident Gauck spricht von Grenzen der Freiheit

Der Bundespräsident mahnte in einer Rede vor „Wirtschaftsfachleuten“, dass der Finanzsektor dringend aufgeräumt werden müsste und dass zur Freiheit auch Grenzen gehören. Weise Worte, die man ab und zu hört. Ja, sogar aus den Mündern von Politikern, in der Regel, weil sie genau wissen, dass sie dies ohne Gefahr äußern können oder manchmal einfach nur aus Naivität.

Es ist ein wesentlicher Bestandteil der politischen Arbeit, den Menschen Illusionen vorzusetzen, um wiedergewählt zu werden und weiter Zugang zu den Fleischtöpfen zu haben, die sich die Politikerkaste aus den Steuereinnahmen genehmigt und von den Vermögenden für ihre Dienste annimmt.

Es ändert sich nichts, ab und zu mal ein halbherziger Gesetzesvorschlag oder eine Regulierung des Finanzsektors, die nicht weit genug greift. Weltweite Regulierungen werden immer öfters gefordert, denn die Grenzen einer nationalstaatlichen Regelung sind offensichtlich. Allein es fehlt an der Durchsetzungsfähigkeit dieser Vorschläge, was meistens schon vorher bekannt ist. Die Profiteure dieses weltweit organisierten Ausbeutungssystem, genannt Kapitalismus, haben die Schalthebel der Macht mit ihren Leuten besetzt und verhindern jede Einschränkung ihrer Kapitalanhäufung.

Erst eine bewusste Bevölkerung oder eine zu stark gedemütigte Mehrheit der Menschen könnte eine Richtungsänderung bewirken, indem sie die bisherigen Volksvertreter „in die Wüste schicken“, den Sprechblasen nicht mehr glauben, der von Gier, Selbstsucht und oft auch von Unwissenheit getriebene Politik ein Ende bereiten und sich darauf besinnen, dass der Mensch ein soziales Wesen ist und es nur eine Erde gibt.

Es fehlt an Einsicht in die Notwendigkeit, denn das bedeutet Freiheit: die Einsicht in die Notwendigkeit. Ansonsten ist Freiheit nur ein hohler Begriff, Freiheit wovon oder wofür? Absolute Freiheit gibt es nur mit dem Tod, ansonsten steckt der Mensch in Strukturen und Abhängigkeiten. Schon eine Ikone der Rockgeschichte Janis Joplin wusste dies: „Freedom is just another word for nothing left to lose“.

Nun sprechen unsere Politiker davon, dass es die Notwendigkeit zum Sparen gibt, um das Staatsdefizit zu senken. Sie meinen damit den Abbau des Sozialstaats, die Einschränkungen der Arbeitnehmerrechte und Lohn- und Gehaltssenkungen, also Einsparungen bei der Masse der Bevölkerung. Und das wider besseren Wissen, denn Geld ist genug da. Die

sogenannte Schere zwischen Arm und Reich ist schon soweit gespreizt, dass sie droht auseinanderzureißen. Aber immer weiter wird das Vermögen auf der einen Seite angehäuft und bei der Masse der Bevölkerung immer geringer. Sie muss immer mehr Aufwand betreiben, um überhaupt noch von ihrem Einkommen leben zu können. Dies ist eine notwendige Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems und nicht nur dem Egoismus und der Gier der Menschen geschuldet. Auch die Profiteure sitzen in der Falle des Systems, aber wenigstens sitzen sie bequem, spenden sogar ab und zu für die nicht so Gesegneten.

Die Menschen in den südeuropäischen Ländern gehen massenhaft auf die Straße und fordern eine andere Politik. In Deutschland tut sich wenig, einzelne Stimmen sind zu hören. Teile der Gewerkschaften solidarisieren sich mit der Bevölkerung der geknechteten Länder im Süden Europas (geknechtet von einer neoliberalen Ideologie, die die ganze Welt verklagt hat, um die Renditen zu erhöhen). Aber die größte Einzelgewerkschaft in der Bundesrepublik, die IGMetall hält sich weitgehend zurück, kein Wunder ihre Mitglieder profitieren immer noch von dem Wettbewerbsvorsprung der deutschen Wirtschaft und dem großen Exportüberschuss.

Die große Mehrheit in Deutschland schweigt. Das hatten wir doch schon mal! Aus der letzten weltweiten Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems entwickelte sich in Deutschland der Faschismus, auch mit einer schweigenden Mehrheit, die wegschaute und so verdummt war, dass sie für ihre Prekärisierung eine Religionsgemeinschaft (die schon seit Jahrhunderten unter Rassismus zu leiden hat) verantwortlich machte und dem Wahnsinn einer von den Vermögenden finanzierten Verbrecherklicke folgte.

Auch wenn sich Geschichte so nicht wiederholen wird, sind doch weite Teile der Welt schon von einer ähnlichen Barbarei betroffen. Ein Blick in die politischen und wirtschaftlichen Zustände von Entwicklungsländern verdeutlicht dies. So erinnern Arbeitsbedingungen, z. B. der Textilbranche in Bangladesch, Pakistan, Sri Lanka, Indien oder China, wo die Menschen für Hungerlöhne schufteten, damit der Verbraucher in den Industrieländern seinen Bedarf mit Billigprodukten decken kann (Geiz ist geil Mentalität), an die Zeit als es noch die Sklaverei gab. Das gilt auch für Elektronische Produkte und andere Branchen, die ihre Produkte längst in Billiglohnländer herstellen lassen, um eine möglichst hohe Rendite zu erzielen. In den Industriestaaten werden dafür immer mehr Menschen von Lohnarbeit „befreit“. Sie werden ausgegrenzt und, z. B. wie in Deutschland mit Hartz IV, der Menschenwürde beraubt.

Hans-Wilhelm Meyer (November 2012)

www.ausbruchsversuche.de